

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Heitmeyer, Wilhelm
Deutsche Zustände

Folge 7
Herausgegeben von Wilhelm Heitmeyer

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp 2552
978-3-518-12552-6

edition suhrkamp 2552

In der Reihe *Deutsche Zustände* werden die Ergebnisse einer Langzeitstudie zu Erscheinungsweisen, Ursachen und Entwicklungen *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* publiziert. Dieses Syndrom umfaßt Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, die Abwertung von Obdachlosen, Homosexuellen, Behinderten und Langzeitarbeitslosen sowie Islamophobie und Sexismus.

Im Jahr 2009, 20 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, ist die siebte Folge unserer Studie einerseits Fragen der Annäherung, andererseits aber auch den Verwerfungen, Stagnationen und Spaltungen im wiedervereinigten Deutschland gewidmet. Im Zentrum unserer Auseinandersetzung mit Ost- und Westdeutschland stehen dabei die Folgen von Desintegration und mangelnder Anerkennung, der Zusammenhang zwischen diesen Problemen und dem Phänomen des Rechtspopulismus, die Verbreitung von patriotischen und nationalistischen Einstellungen sowie das Verhältnis der Deutschen zum Rechtsextremismus.

Die sozialwissenschaftlichen Analysen werden ergänzt und illustriert durch journalistische Beiträge und die Interviews mit Alfred Grosser und Friedrich Schorlemmer.

Wilhelm Heitmeyer leitet das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld.

Deutsche Zustände

Folge 7

*Herausgegeben von
Wilhelm Heitmeyer*

Suhrkamp

edition suhrkamp 2552

Erste Auflage 2009

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2009
Originalausgabe

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das
der Übersetzung, des öffentlichen Vortrags
sowie der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen,
auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Jung Crossmedia Publishing, Lahnau

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-12552-6

Inhalt

Vorwort

Deutsche Zustände Die siebte Folge: 20 Jahre – Komplizierte Vereinigungs- prozesse	9
--	---

I. Das Problem

Wilhelm Heitmeyer Leben wir immer noch in zwei Gesellschaften? 20 Jahre Vereinigungsprozeß und die Situation <i>Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit</i>	13
---	----

II. Empirische Analysen

Sandra Legge/Jost Reinecke/Anna Klein Das Kreuz des Wählers. Die Auswirkungen von politischer Entfremdung und Fremdenfeindlichkeit auf das Wahlverhalten in abgehängten Regionen	53
Jürgen Mansel/Barbara Kaletta Desintegrationsprozesse, Anerkennungsprobleme und <i>Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit</i> . Ein Ost-West- Vergleich	73
Anna Klein/Beate Küpper/Andreas Zick Rechtspopulismus im vereinigten Deutschland als Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen und Demokratiekritik	93
Julia Becker/Oliver Christ/Ulrich Wagner/Peter Schmidt Deutschland einig Vaterland? Riskante regionale und nationale Identifikationen in Ost- und Westdeutschland	113
Jürgen Leibold/Steffen Kühnel Einigkeit in der Schuldabwehr Die Entwicklung antisemitischer Einstellungen in Deutschland nach 1989	131

Frank Asbrock/Gunnar Lemmer/Ulrich Wagner/ Julia Becker/Jeffrey Koller Das Gefühl macht den Unterschied. Emotionen gegenüber »Ausländern« in Ost- und Westdeutschland	152
Andreas Zick/Beate Küpper/Sandra Legge Nichts sehen, nichts merken, nichts tun oder: Couragiertes Eintreten gegen Rechtsextremismus in Ost und West	168
Andreas Zick/P. J. Henry Nach oben buckeln, nach unten treten. Der deutsch-deutsche Autoritarismus	190

III. Fallgeschichten

<i>Anknüpfungspunkt: Rassismus/Fremdenfeindlichkeit</i>	208
Markus Decker Heimatlos im Lutherland. Eine protestantische Pfarrersfamilie auf unfreiwilliger Wanderschaft zwischen Ost und West	209
<i>Anknüpfungspunkt: Antisemitismus</i>	218
Anetta Kahane Am Anfang war der Schlußstrich. Erfahrungen mit einer Ausstellung zum Antisemitismus in der DDR	219
<i>Anknüpfungspunkt: Rechtsextremismus</i>	232
Andrea Röpke Von Täterinnen, Führerinnen und Marionetten. Rechtsextreme Frauen in Ost und West	234

IV. Das ambivalente Agieren in Politik, Staat und Gesellschaft

<i>Focus: Rechtsextremismus</i>	249
Stefan Schölermann Neonazis im Ost- und Westharz – wer profitiert von wem?	250

<i>Focus: Staat</i>	261
Heike Kleffner Kleine Geschichte des Umgangs mit Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland nach 1989	262
<i>Focus: Gesellschaft</i>	283
Bernd Wagner/Dierk Borstel Der Rechtsextremismus und sein gesteigertes Bedrohungspotential	284

V. Gespräche

»Vom Ausland aus betrachtet ist Deutschland eine Einheit« – Der französische Politikwissenschaftler und Publizist Alfred Grosser im Gespräch mit Gunter Hofmann, <i>Die Zeit</i> , und Wilhelm Heitmeyer	299
»Wir haben noch immer eine auseinanderdriftende Gesellschaft« – Der Theologe und Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer im Gespräch mit Gunter Hofmann und Wilhelm Heitmeyer	311
<i>Die Autorinnen und Autoren</i>	324
Deutsche Zustände Verzeichnis der empirischen GMF-Analysen in den Folgen 1 bis 6	326

VORWORT

Deutsche Zustände

Die siebte Folge: 20 Jahre –
Komplizierte Vereinigungsprozesse

Eine Langzeitstudie zu Erfahrungen und Einstellungen in der Bevölkerung ist immer wieder mit Ereignissen und Entwicklungen konfrontiert, die zu konzeptionellen Änderungen und neuen Schwerpunktsetzungen herausfordern. Dies gilt insbesondere für die symbolträchtige Wiederkehr historischer Ereignisse – kurz: »Jubiläen«.

2009 jährt sich der Fall der Berliner Mauer und damit der Beginn des politischen Prozesses der »Wiedervereinigung« zum 20. Mal, wir dürfen also mit einer Flut an Resümees, Rückblicken und Ausblicken rechnen. Mit dieser siebten Folge von *Deutsche Zustände* wollen wir einen (zeitlich auf die Phase seit 2002 begrenzten) Beitrag zur Beantwortung der immer noch offenen Frage leisten, ob es neben dem Prozeß der *politischen* Einheit auch einen der *gesellschaftlichen* Vereinigung gegeben hat und gibt.

Dies ist ein neuer Akzent in unseren Untersuchungen zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*, die sich von einem Projekt inzwischen zu einem regelrechten Forschungsprogramm ausgeweitet haben. Die Fortsetzung der Langzeitstudie ist inzwischen durch die internationale Begutachtung bis 2012 gesichert, die Arbeit an der im letzten Band angekündigten internationalen Vergleichsuntersuchung hat im Herbst 2008 ebenso begonnen wie die an einem eher sozialräumlich ausgerichteten Projekt zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* in ost- und westdeutschen Gemeinden, Kleinstädten und Stadtteilen. Zusätzlich wird im Herbst 2008 ein Projekt zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* unter Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund gestartet. Dieses wird im Rahmen eines DFG-Graduiertenkollegs durch Dissertationen ergänzt, das 2008 für viereinhalb Jahre verlängert worden ist.

Insgesamt können somit aus unterschiedlichen Perspektiven verschiedene empirische und theoretische Aspekte der *Gruppen-*

bezogenen Menschenfeindlichkeit erforscht werden – ab diesem Jahr auch auf der internationalen Ebene.

Die Arbeit schreitet also kontinuierlich voran.

Unsere Studie ist bereits jetzt weltweit die umfangreichste und die mit der längsten Laufzeit. Unser Ziel war es allerdings von Anfang an, sie über ein ganzes Jahrzehnt hinweg durchzuführen. Dieses Ziel haben wir mit der positiven Begutachtung durch die VolkswagenStiftung und die DFG (für das neun Jahre laufende Graduiertenkolleg) erreicht. Dafür ist vielen Kolleginnen und Kollegen, insbesondere den jüngeren und den graduierten, zu danken. Mein Dank gilt aber auch Ulrike Rogat, Wiebke Fiedler und Sylja Wandschneider für die redaktionelle Betreuung dieses Bandes sowie den Mitgliedern der Forschungsgruppe.

W. H.

I.

Das Problem

WILHELM HEITMEYER

Leben wir immer noch in zwei Gesellschaften? 20 Jahre Vereinigungsprozeß und die Situation *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*

1. Wie hat sich die Gesellschaft seit der staatlichen Einheit entwickelt?

Im Jahr 1989 existierten zwei sehr unterschiedliche gesellschaftliche Ordnungen in der Bundesrepublik und in der DDR, die auf fundamental entgegengesetzten Konstruktionsprinzipien und Wertesystemen lagerten: einem kapitalistischen gegenüber einem sozialistischen Wirtschaftssystem; einer föderalistischen gegenüber einer zentralistischen Verfassung; einer pluralistischen Demokratie gegenüber einem gelenkten Arbeiter- und Bauernstaat; einem individualisierenden versus kollektivierenden Wertesystem; an ökonomischen Entwicklungsverläufen gekoppelten Leistungen des kapitalistischen Wohlfahrtsstaates gegenüber einer hohen staatlichen Versorgungsdichte; einer auf »abgefederter« Ungleichheit und Heterogenität basierenden gegenüber einer auf soziale Gleichheit und Homogenität ausgerichteten Sozialpolitik; einem zivilgesellschaftlichen Institutionensystem gegenüber einem System, das zur Lenkung des sozialen Lebens auf riesige Kombinate mit angeschlossenen Kinderhorten, Sportvereinen etc. setzte.

Auch fast 20 Jahre nach der Vereinigung können wir nicht genau sagen, ob es inzwischen neben der nationalen (also völkerrechtlich relevanten) und der staatlichen (also institutionellen und rechtlichen Einheit) auch eine gesellschaftliche Vereinigung gibt. Die nationale und die staatliche Einheit können politische Akteure, wenn es die Machtverhältnisse zulassen, beschließen, institutionell verankern und völkerrechtlich besiegeln. Eine Armee kann per Dekret abgeschafft, Straßenschilder und -namen können durch die Stadtverwaltungen geändert, neue Formulare für die Steuererklärung eingeführt, Mietverträge können modifiziert und die Kläranlagen modernisiert werden, doch die sozialisierenden Effekte unterschiedlicher Ordnungen wirken unabhängig davon fort. Die *gesellschaftlichen* Verhältnisse folgen anderen Logiken.

Sie werden nicht von Gesetzen oder Verordnungen geregelt, sondern sind an individuelle Lebensläufe gebunden. Von Erfolgsgeschichten, aber auch von individuellen Abstürzen, gefühlter Mißachtung und Benachteiligung oder kollektiver Enttäuschungen wurde seit 1989 immer wieder berichtet. Schon nach zehn Jahren gab es eine erste Welle von Zwischenbilanzen, die seither nicht abgeebbt ist (vgl. z. B. Bulmahn 2000 zur Lebensqualität; Meulemann 2002 zum Wertewandel im vereinten Deutschland; Gensicke 2006 zum Systemzweifel; den Sammelband von Weber (2006) zu Illusionen, Realitäten und Erfolgen). Selbst wenn man alle gesellschaftlichen und kulturellen Bereiche betrachtet, überwiegen verhalten skeptische bis negative Einschätzungen. Positive Bewertungen sind dagegen in der Minderzahl, daran ändern auch die Bücher von Schröder (2007) zu den wichtigsten Irrtümern über die Einheit und von Schorlemmer (2007), der die Menschen trotz seiner kritischen Sicht auf die deutschen Zustände zu einem gelingenden Leben ermutigen will, wenig.

Beeinflußt werden die Bestandsaufnahmen auch davon, wie der Prozeß seit November 1989 bezeichnet wird. Der nach wie vor dominierende Begriff ist der der »Wiedervereinigung«. Dieser wurde bereits im Jahr 1949 ins politische Wörterbuch der BRD aufgenommen, führt jedoch gleichwohl historisch in die Irre, weil es sich bei BRD und DDR um zwei Staaten und Gesellschaften handelte, die zuvor nie vereint gewesen waren. Es hat vor 1990 nie ein Land mit den Grenzen des vereinten Deutschlands gegeben, nie galt eine gemeinsame Verfassung für genau dieses Territorium. Daher sollte man präziser von »Vereinigung« sprechen, während der Begriff des »Anschlusses« vermieden werden sollte, den manche Menschen strategisch verwenden, um ihre Unzufriedenheit mit der Form des Einigungsprozesses zum Ausdruck zu bringen und zu betonen, daß dieser Aspekte des Zwanges und des »Überstülpens« hatte und nicht auf gleicher »Augenhöhe« stattfand. Juristisch korrekt ist dagegen die Kennzeichnung als »Beitritt«, ein Begriff, der auch im grundlegenden und völkerrechtlich relevanten Vertrag verwendet wird.

Aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive ist keiner dieser Begriffe geeignet, um nach fast 20 Jahren die gesellschaftliche Entwicklung zu charakterisieren. Dies hat vor allem zwei Gründe. Zum einen sind die angeführten Begriffe gleichsam »theorielos«. Sie geben keine Indikatoren an, anhand derer sich der Prozeß be-

urteilen ließe, und sie sagen uns nicht, wohin sich diese »neue« Gesellschaft mit ihren scharfen, historisch gewachsenen Differenzen entwickeln hätte sollen und wie sie sich tatsächlich entwickelt hat. Dagegen enthält die (oft verkürzt zitierte) Formel Willy Brandts in dieser Hinsicht wichtige Hinweise: »Aber mit Achtung und Respekt vor dem Selbstgefühl der bisher von uns getrennten Landsleute wird es möglich sein, daß ohne entstellende Narben zusammenwächst, was zusammengehört.«

Für die Sozialwissenschaften heißt das, den Blick auf die Integration bzw. Desintegration der Menschen in dieser Gesellschaft zu richten. Brandt hat in jenem historischen Moment am 3. Oktober 1990 zuallererst an die Deutschen in Ost und West gedacht. Man muß das Konzept der »Qualität des Zusammenlebens« weiter fassen in einer differenzierten Gesellschaft, die von sozialer Ungleichheit bestimmt wird und in der Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebensstilen, religiösen Überzeugungen und ethnischen Herkunftsn leben. Es geht nicht nur darum, Respekt und Achtung vor den jeweils »anderen« Deutschen zu haben, damit keine »entstellenden Narben« bleiben und keine neuen Wunden entstehen. Es geht nicht nur darum, die jeweils »anderen« Deutschen zu integrieren und anzuerkennen, sondern auch um die Integration und Anerkennung von Fremden bzw. schwachen Gruppen in der Gesellschaft. In anderen Worten: Es geht darum, Desintegration zu verhindern und einer von der Ideologie der Ungleichwertigkeit angeleiteten *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* in der »vereinten« deutschen Gesellschaft vorzubeugen.

Vor diesem Hintergrund liegen fünf Fragestellungen auf der Hand, die in diesem Beitrag behandelt werden sollen:

1) Wie hat sich das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschen (im Sinne Willy Brandts) über die Zeit entwickelt? (Siehe dazu den zweiten Abschnitt dieses Beitrags.)

2) Wie verhält es sich mit der Integration bzw. Desintegration der Menschen in Ost- und Westdeutschland? (Siehe dazu den dritten Abschnitt.)

3) Welches Verhältnis haben die Menschen in den neuen und alten Bundesländern vor dem Hintergrund dieser Integrations- bzw. Desintegrationserfahrungen zur Demokratie als politischem System? (Siehe dazu Abschnitt 3.1.2.)

4) Welche Zusammenhänge bestehen zwischen Desintegrationsgefahren, dem Phänomen der »Demokratieentleerung« so-

wie dem Rechtspopulismus, der nicht nur eine Gefahr für die liberale Demokratie, sondern in seiner gewaltförmigen rechtsextremistischen Ausformung auch eine Bedrohung für die körperliche Unversehrtheit von schwachen Gruppen darstellt. (Abschnitt 3.2)

5) Wie hat sich die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, also das Verhältnis gegenüber schwachen Gruppen, in den letzten Jahren in Ost- und Westdeutschland entwickelt? (Siehe dazu den vierten Abschnitt dieses Beitrags.)

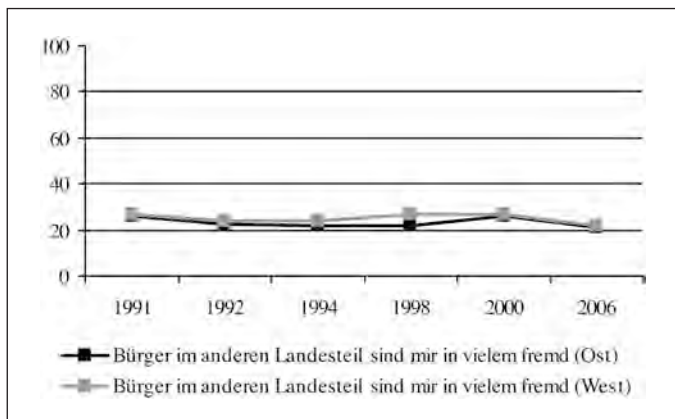
Um diese Fragen zu beantworten, ziehe ich die von Anhut und Heitmeyer (2000) entwickelte *Theorie der sozialen Desintegration* (TSD), das Konzept der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* (Heitmeyer 2002) und den Ansatz einer *Soziologie der Demokratie* (Mansel/Heitmeyer 2003) heran. Dieses dreiteilige theoretische Konzept stellt analytische Kriterien bereit, mit denen empirische Ergebnisse eingeordnet, interpretiert und erklärt werden können. Dabei interessiere ich mich nicht nur für eine konvergierende, parallele oder auseinanderdriftende Entwicklung objektiver Faktoren, sondern auch für ihre subjektive Qualität, d. h. die damit in bestimmten sozialen Lagen verbundenen Erfahrungen und Gefühle.

2. Trends im Verhältnis der Menschen in Ost- und Westdeutschland

2.1 *Fremdheit, wahrgenommene Vorteile, Opferbereitschaft*

Wie hat sich das Verhältnis von West- und Ostdeutschen seit der Wende verändert? Um diese Frage zu beantworten, greifen wir auf die Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage (ALLBUS) zurück. Die Fremdheitsgefühle gegenüber den Menschen im jeweils anderen Teil sind in den letzten Jahren beinahe konstant geblieben: Der Aussage »Die Bürger im anderen Teil Deutschlands sind mir in vielem fremder als die Bürger anderer Staaten« stimmten 1991 genauso viele Personen zu wie im Jahr 2000 (Abbildung 1). Im Jahr 2006 fällt der Anteil positiver Antworten etwas niedriger aus. Es erstaunt, daß in Ost- und Westdeutschland fast genau gleich viele Befragte angeben, daß ihnen die Bürger des jeweils anderen

Abb. 1: Gefühlte Fremdheit der Bürger im jeweils anderen Landesteil im Zeitvergleich, kumulierter ALLBUS-Survey 1991 bis 2006, getrennt nach Ost- und Westdeutschland

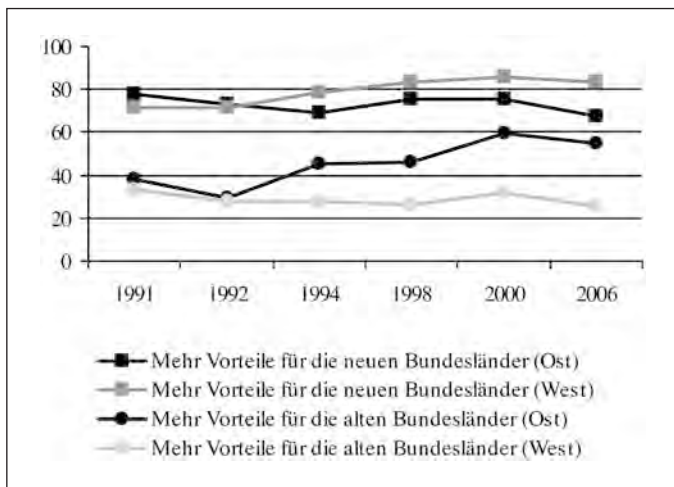


Landesteils fremd seien, und daß die beiden Kurven parallel verlaufen.

Die Einigkeit endet, wenn man danach fragt, welchem Landesteil die deutsche Einheit die meisten Vorteile gebracht habe. Zwar stimmen West- und Ostdeutsche darin überein, daß vor allem die neuen Bundesländer davon profitiert haben, die Einstellungen entwickeln sich in dieser Frage jedoch auseinander: Während Westdeutsche immer weniger Vorteile für sich und immer mehr Vorteile für die neuen Bundesländer sehen, ist es im Osten genau umgekehrt (Abbildung 2).

Dabei nehmen die Erwartungen gegenüber den Menschen im jeweils anderen Landesteil, aber auch die an die eigene Gruppe im Zeitverlauf immer weiter ab. Während noch im Jahr 1991 94 Prozent der Westdeutschen angaben, die Menschen in den neuen Bundesländern müßten geduldiger sein, waren 15 Jahre später noch 82 Prozent, das heißt nach wie vor die große Mehrheit, dieser Ansicht. Für die Mehrheit der Ostdeutschen ist die Zeit der Geduld hingegen vorbei. Nur noch 40 Prozent der Befragten stimmten 2006 der Aussage »Die Bürger in den neuen Bundesländern sollten mehr Geduld zeigen, was die Verbesserung ihrer Lage betrifft« zu.

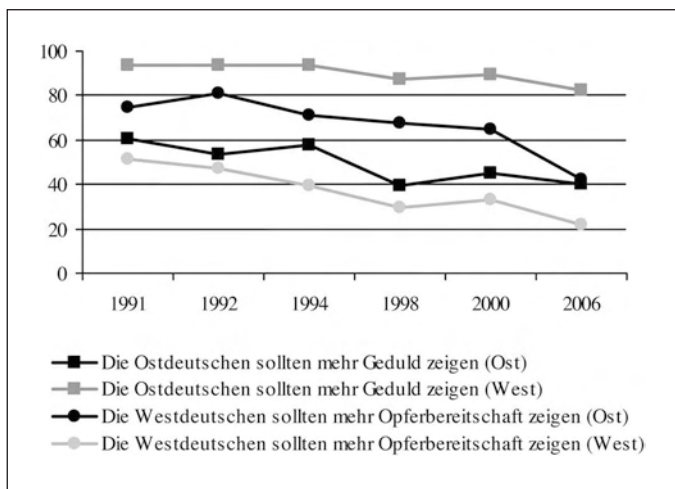
Abb. 2: Einschätzungen zur Frage »Wer profitiert von der Einheit?« im Zeitvergleich, kumulierter ALLBUS-Survey 1991 bis 2006, getrennt nach Ost- und Westdeutschland



Gleichzeitig fordern sie aber auch von den Westdeutschen immer seltener mehr Opferbereitschaft für Ostdeutschland (der entsprechende Wert lag ebenfalls bei 40 Prozent). Doch auch die Menschen in den alten Bundesländern sind der Meinung, daß die Forderung »Die Bürger in den alten Bundesländern sollten zu mehr Opfern bereit sein, um die Lage in den neuen Bundesländern zu verbessern« kaum mehr gerechtfertigt ist (Abbildung 3). Während im Jahr 1991 noch gut die Hälfte der Westdeutschen dieser Aussage zustimmte, waren es 2006 nur noch 20 Prozent.

Insgesamt kann man also nicht von einer eindeutigen Annäherung der beiden Landesteile sprechen. Die Fremdheitsgefühle sind seit 1991 nur unwesentlich geringer geworden, die Vorteile der Einheit werden immer häufiger dem anderen Landesteil zugesprochen, und die Erwartungen aneinander sowie die Bereitschaft, für den Einigungsprozeß Opfer bzw. Geduld aufzubringen, sind gesunken.

Abb. 3: Zustimmung (»stimme voll und ganz/eher zu«) zu Aussagen zur Opferbereitschaft der Westdeutschen und zur Geduld der Ostdeutschen (in Prozent) im Zeitvergleich, kumulierter ALLBUS-Survey 1991 bis 2006, getrennt nach Ost- und Westdeutschland



2.2 Das Verhältnis von Ost- und Westdeutschen in 2008

Im GMF-Survey 2008¹ haben wir eine Reihe von Fragen gestellt, die das Verhältnis von West- und Ostdeutschen sowie ihre jeweiligen Positionen zur Vereinigung näher beleuchten sollten.

1) Positionen zur Vereinigung: Betrachtet man die Urteile über die Vereinigung, so fällt zunächst auf, daß trotz aller Probleme die ganz überwiegende Mehrheit der Befragten der Meinung ist, es sei gut, daß die beiden Staaten und Gesellschaften vereinigt wurden (Tabelle 1). Dies widerspricht den Ergebnissen einer Berliner Studie aus dem Jahr 2005, nach der jeder vierte Westdeutsche der Meinung war, man solle die Mauer wieder aufbauen (*Spiegel online* 2005). Abgesehen von dieser generellen Zustimmung gibt es viel Kritik an der Entwicklung der letzten 20 Jahre. Eine Mehrheit der Ostdeutschen glaubt, daß die Menschen in beiden Landesteilen immer noch grundverschieden seien (vgl. auch das Gespräch mit

Friedrich Schorlemmer in diesem Band). In Westdeutschland glaubt das die Hälfte der Befragten. Der Unterschied zwischen West- und Ostdeutschen hat sich damit im Zeitverlauf verschärft. In beiden Landesteilen wird die Frage, ob es Deutschland gelänge, zusammenzuwachsen, pessimistischer beantwortet. Während 1993 noch 63 Prozent der Westdeutschen und 47 Prozent der Ostdeutschen glaubten, das Zusammenwachsen werde gelingen, sind es im Jahr 2004 nur noch 54 bzw. 44 Prozent (Noelle 2004). Andererseits ist der Anteil derer, die meinen, die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen würden weiterhin überwiegen, erneut gesunken. Dies sagten im Jahr 2006 nur noch 34 Prozent der Ostdeutschen und 28 Prozent der Westdeutschen (Noelle/Petersen 2006).

Daß die Vereinigung in Westdeutschland optimistischer beurteilt wird, muß verwundern, wenn man die Einschätzung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lage vor und nach der Wende betrachtet. Während die wirtschaftliche, politische und soziale Situation in beiden Landesteilen heute von etwas mehr als 50 Prozent als »sehr oder eher gut« eingeschätzt wird, stimmen dieser Aussage im Hinblick auf die ehemalige BRD 85 Prozent der Westdeutschen, aber nur 42 Prozent der Ostdeutschen im Hinblick auf die ehemalige DDR zu. Die Westdeutschen empfinden den Einigungsprozeß demnach als Verschlechterung, die Ostdeutschen eher als Verbesserung.

2) Kontakte, Kontaktbereitschaft und Stereotype: Die Fremdheit von Ost- und Westdeutschen zeigt sich genauer, wenn es um die Frage der freundschaftlichen Kontakte untereinander und die Bereitschaft, im anderen Landesteil zu leben oder diesen zu besuchen, geht.

Interessant ist, daß die Bereitschaft, im anderen Landesteil zu leben, auf beiden Seiten durchaus vorhanden zu sein scheint. Das können sich immerhin 45 Prozent der Westdeutschen und 42 Prozent der Ostdeutschen prinzipiell vorstellen (Tabelle 2). Allerdings sind die sozialen Netze zwischen West und Ost noch nicht besonders eng oder werden sogar geringer. So geben nur 20 Prozent der Westdeutschen an, ostdeutsche Freunde und Bekannte zu haben. Umgekehrt sind es hingegen immerhin 33 Prozent. Laut einer Umfrage von Infratest dimap hatte im Jahr 2006 noch die Hälfte der Befragten angegeben, sie hätten Freunde aus dem anderen Landesteil gefunden (*Zeit online* 2006). Die Ostdeutschen